



Ausgabe: Februar 2018

Demokratie-Newsletter

Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Neue Zürcher Zeitung vom 2. Februar 2018, Seite 12
Mehr Respekt für den Volksentscheid – Der Spielraum bei der Umsetzung missliebiger Volksinitiative ist ausgereizt. Erfolgt keine Korrektur, wird an der Urne bald jede Bieridee mehrheitsfähig.
- Tages-Anzeiger vom 7. Februar 2018, Seite 5
Fast keine «fremden Richter» mehr – Die Schweiz und die EU suchen nach einer neuen Variante, um sich im Streitfall zu einigen. Darüber brütet derzeit der Bundesrat. In zwei Wochen will er sich entscheiden. Heikel ist die Frage nach dem Schlichtungskanal.
- Neue Zürcher Zeitung vom 17. Februar 2018, Seite 13
Wer das E-Voting knackt, kriegt eine Million – Um die Sicherheit des E-Votings vor dessen Einführung zu testen, könnte die Regierung zu unkonventionellen Methoden greifen.
- Tages-Anzeiger vom 19. Februar 2018, Seite 3
Pfisters Dilemma – Er möchte es. Und alle glauben, dass er es könnte: CVP-Präsident Gerhard Pfister hat reelle Chancen, bald Bundesrat zu werden. Doch was geschähe dann mit seiner Partei?
- Tages-Anzeiger vom 19. Februar 2018, Seite 7
Eine Attacke auf die Demokratie – Erstmals ist nun erwiesen, dass Russland versucht hat, die US-Präsidentschaftswahl zu sabotieren. Es ist gefährlich, dass Donald Trump unwillig ist, diesen Angriff zu verurteilen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 22. Februar 2018, Seite 21
Das Geheimnis der 160 Wahlfotos – Am 8. März 1970 dürfen die Zürcher Frauen erstmals wählen – ein seltsamer Versuch mit Computern sorgt für Aufregung.
- Tages-Anzeiger vom 23. Februar 2018, Seite 6
Der Bundesrat stemmt sich gegen eine Volksabstimmung – Sportminister Guy Parmelin versucht, die Olympiagegner zu stoppen, und muss auf das Wallis hoffen.
- Influence vom 23. Februar 2018
Die Faulheit der Eidgenossen rächt sich – Die Schweiz hat im globalen Demokratie-Index des Economist wieder einen Platz eingebüsst – wegen zu niedriger Stimmbeteiligung ([Link](#))



- Tages-Anzeiger vom 24. Februar 2018, Seite 3
Die BDP harrt aus – Die Partei steht vor einem dreifachen Stresstest. Zehn Jahre nach der wilden Geburt der Partei wissen ihre Exponenten nur eines mit Sicherheit: Sie würden es sofort wieder machen.
- Tages-Anzeiger vom 27. Februar 2018, Seite 7
Mehr Geld ohne Leistung – Mehrere Schwergewichte im Bundeshaus wollen das Lohnsystem für Parlamentarier radikal vereinfachen. Kritiker warnen: Faulheit wird künftig belohnt.
- Weltwoche, Nr. 08.18, Seite 26–29
Wer glaubt noch an die Schweiz? – Das Land ringt um seine politische Freiheit. Die direkte Demokratie wird unterlaufen, die Verfassung gerät unter die Räder. Wer trägt die Verantwortung?

Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Neue Zürcher Zeitung vom 1. Februar 2018, Seite 14
Keine Transparenz bei Parteispenden – Der Bundesrat lehnt die «Transparenz-Initiative» ohne Gegenvorschlag ab.
- Tages-Anzeiger vom 21. Februar 2018, Seite 4
No-Billag-Gegner können ihren Vorsprung knapp halten – laut einer neuen Umfrage wollen 60 Prozent die No-Billag-Initiative ablehnen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 27. Februar 2018, Seite 15
E-Voting soll an der Urne versenkt werden – Aus Sorge um das Vertrauen in das politische System plant ein breitgefächertes Komitee eine Volksinitiative.
- Tages-Anzeiger vom 28. Februar 2018, Seite 4
Handfester Krach zwischen SVP-Politikern wegen Burkaverbot – Walter Wobmann beschuldigt Claudio Zanetti, ihm Gewalt angedroht zu haben. Dieser dementiert.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Februar 2018, Seite 15
Konzerninitiative soll nicht vors Volk – Ein konkreter Gegenvorschlag liegt vor – das Initiativkomitee ist bereit zum Rückzug.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Februar 2018, Seite 14
Kein Gegenvorschlag zur Fair-Food-Initiative



Gerichtsurteile

- Schweizerisches Bundesgericht, [BGE 143 I 426](#)
39. Auszug aus dem Urteil der I. öffentlich-rechtlichen Abteilung i.S. Reichmuth und Mitb. gegen Regierungsrat des Kantons Schwyz (Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten), 1C_605/2016 vom 1. September 2017. Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes des Kantons Schwyz. Beschwerde in Stimmrechtssachen. Abstrakte Normenkontrolle. Art. 29a BV, Art. 82 Bst. c und Art. 88 Abs. 2 BGG.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 26. Januar 2018, [1C 45/2018](#)
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde, Missachtung der Finanzkompetenz. Beschwerde gegen den Beschluss des Grossen Rates des Kantons Thurgau vom 6. Dezember 2017. Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 31. Januar 2018, [1C 52/2018](#)
Politische Rechte – Gemeinde- und Kooperationsrecht (Stimmrechtsbeschwerde; Sachabstimmung Verpflichtungskredit «Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2» vom 21. Mai 2017. Beschwerde gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Schwyz, Kammer III, vom 24. November 2017 (III 2017 110). Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 31. Januar 2018, [1C 357/2017](#)
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde; Beschluss über den negativen Zuständigkeitskonflikt zwischen Sozialversicherungsgericht und Verwaltungsgericht. Beschwerde gegen den Beschluss des Kantonsrats des Kantons Zürich vom 22. Mai 2017. Nichteintreten.
- Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden, 1. Kammer als Verfassungsgericht, Urteil vom 16. Januar 2018, [V 17 5](#) (inkl. [Medienmitteilung](#))
Stimm- und Wahlrecht – Beschwerde gegen den Beschluss der Regierung des Kantons Graubünden vom 14. September 2017 im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates für die Amtsperiode 2018 bis 2022. Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 29. Januar 2018, [5A 164/2017](#)
Personenrecht – Verweigerung des Genossenbürgerrechts, Beschwerde gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Nidwalden, Verwaltungsabteilung vom 24. Oktober 2016 (VA 16 2). Die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten wird als Beschwerde in Zivilsachen entgegengenommen. Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 12. Februar 2018, [1C 492/2017](#)
Politische Rechte – Beschluss der Gemeindeversammlung Arlesheim vom 24. Juni 2015 betreffend Baurechtsvertrag Wohngenossenschaft Unterem Dach. Beschwerde gegen das Urteil des Kantonsgerichts Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, vom 26. April 2017 (810 15 344). Abweisung.



- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 14. Februar 2018, [AN.2018.00005](#)
Publikationsverordnung vom 25. Oktober 2017. Abstrakte Normenkontrolle. Die elektronische Publikation des Amtsblatts im Tages- statt Wochenrhythmus verletzt kein übergeordnetes Recht. Abweisung.

Amtliche Informationen

- Stellungnahme des Bundesrats vom 17. Januar 2018
Standesinitiativen Kt. Iv. ZG. Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen. Änderung der Bundesverfassung/Kt. Iv. UR. Souveränität bei Wahlfragen. Bericht vom 16. November 2017 der Staatspolitischen Kommission des Ständerates.
Antrag des Bundesrates: Nach Abwägung der Argumente für und wider den Entwurf der SPK-S hat der Bundesrat entschieden, auf einen Antrag für oder gegen die Kommissionsvorschläge zu verzichten. Nach Auffassung des Bundesrates muss ein Wahlsystem den demokratischen Grundsätzen sowie dem historischen und gesellschaftlichen Kontext eines Gemeinwesens entsprechen können. ([BBl 2018 777](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 14. Februar 2018
Gewährleistung der geänderten Verfassungen von drei Kantonen
Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die geänderten Verfassungen der Kantone Uri, Basel-Landschaft und Appenzell Innerrhoden zu gewährleisten. Alle Verfassungsänderungen stimmen mit dem Bundesrecht überein, wie der Bundesrat in seiner am 14. Februar 2018 verabschiedeten Botschaft festhält. Die vorliegenden Verfassungsänderungen haben zum Gegenstand: im Kanton Uri: Gemeinwesen; im Kanton Basel-Landschaft: Aufgabenzuordnung und Zusammenarbeit der Gemeinden; im Kanton Appenzell Innerrhoden: kirchliches Stimm- und Wahlrecht. ([Link](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 20. Februar 2018
40. Ausgabe der Broschüre «Der Bund kurz erklärt»
Bereits zum vierzigsten Mal publiziert die Bundeskanzlei die Broschüre «Der Bund kurz erklärt», mit aktuellen Informationen zur Schweizer Politik, Verwaltung und Justiz. Heute gibt es die Broschüre als App «CH info» für Handys und Tablets. ([Link](#))

Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- *Im Februar 2018 wurden keine neuen Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert.*



Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- NZZ am Sonntag vom 4. Februar 2018, Seite 18
Ausbau der deutschen Demokratie
- Tages-Anzeiger vom 8. Februar 2018, Seite 7
Die SPD erhält gleich drei wichtige Ministerposten – Die CDU von Kanzlerin Angela Merkel gibt wichtige Ämter an die Koalitionspartner ab.
- Neue Zürcher Zeitung vom 8. Februar 2018, Seite 5
EU-Parlament soll schrumpfen
- Tages-Anzeiger vom 9. Februar 2018, Seite 6
Regieren ist Mist – In den letzten Wochen sind 24'000 potentielle Gegner der Regierungsbeileiligung in die SPD eingetreten. Um sie geworben hatten die Jusos.
- Neue Zürcher Zeitung vom 10. Februar 2018, Seite 5
Ein neuer Gegner für den «Unabwählbaren» - Gregely Karacsony, der Spitzenkandidat von Ungarns Sozialisten, fordert Regierungschef Viktor Orban heraus.
- Neue Zürcher Zeitung vom 20. Februar 2018, Seite 4
Die FPÖ und der plötzlich unbequeme «Volkswille»
- Tages-Anzeiger vom 23. Februar 2018, Seite 8
Der König der Wendehälse – Italiens Parlament ist auch ein Basar für Seitenwechsler. Keiner tat dies öfter als Luigi Compagna: neunmal in fünf Jahren. Er sagt, er sei kohärent - «immer».
- Tages-Anzeiger vom 24. Februar 2018, Seite 8
Begräbnis für ein Referendum – Die Niederlande brechen nach dem umstrittenen Ukraine-Referendum ich Experiment mit der direkten Demokratie ab.
- Tages-Anzeiger vom 26. Februar 2018, Seite 7
Lebenslänglich für Xi Jinping – Chinas kommunistische Partei hat die Amtszeitbeschränkung des Vorsitzenden aufgehoben. Xi hatte den Chinesen und der Welt eine «neue Ära» versprochen – nun beginnt sie.
- Tages-Anzeiger vom 28. Februar 2018, Seite 6
Polen entlässt unliebsamen Richter per Fax – Wer sich in der Justiz gegen die polnische Regierung stellt, wird kurzerhand gefeuert. Internationale Beobachter unterstellen dem Land einen Rückfall in die Sowjetzeit.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Februar 2018, Seite 6
Der deutsche Staat darf die AfD nicht diffamieren – «Kein Recht auf Gegenschlag»: Das Bundesverfassungsgericht rügt eine Pressemitteilung der Bildungsministerin gegen die Oppositionspartei.

Ausländische Gerichtsurteile

- Bundesverfassungsgericht [der Bundesrepublik Deutschland], Urteil des Zweiten Senats vom 27. Februar 2018, [2 BvE 1/16](#)
Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten erfordert der Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien die Beachtung des Gebots staatlicher Neutralität. Die negative Bewertung einer politischen Veranstaltung durch staatliche Organe, die geeignet ist, abschreckende Wirkung zu entfalten und dadurch das Verhalten potentieller Veranstaltungsteilnehmer zu beeinflussen, greift in das Recht der betroffenen Partei auf Chancengleichheit aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG ein. Die Befugnis der Bundesregierung zur Erläuterung von ihr getroffener Maßnahmen und künftiger Vorhaben schließt das Recht ein, sich mit darauf bezogenen kritischen Einwänden sachlich auseinanderzusetzen. Ein «Recht auf Gegenschlag» dergestalt, dass staatliche Organe auf unsachliche oder diffamierende Angriffe in gleicher Weise reagieren dürfen, besteht nicht. Feststellung der Verletzung des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG.

Neuerscheinungen

- GLASER ANDREAS (Hrsg.), Das Parlamentswahlrecht der Kantone, Zürich/St. Gallen 2018
- GLASER ANDREAS, Die Regulierungsbremse – effizient, aber undemokratisch?, in: ZBI 119/2018, S. 66–73
- HORLACHER MAJ-BRITT, Die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Diss. Zürich 2017
- JAAG TOBIAS/RÜSSELI MARKUS/JENNI VITTORIO (Hrsg.), Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz und zu den politischen Rechten in den Gemeinden, Zürich 2017
- KAUFMANN CHRISTINE, Kurzatmigkeit oder Weitblick – was kann die moderne Demokratie leisten?, in: ZBI 119/2018, S. 57–58
- KRAUSE JOSÉ, Die Rechtsweggarantie (Art. 29a BV) im Bereich der politischen Rechte, insbesondere mit Blick auf Probleme bei der Beschwerde in eidgenössischen Stimmrechtssachen, Diss. Zürich 2017
- KÜHLER ANNE, Religionsfreiheit und die Handschlag-Verweigerung, Irritationen und Herausforderungen, in: Jusletter vom 26. Februar 2018
- MÜLLER ANDREAS TH./SCHROEDER WERNER (Hrsg.), Demokratische Kontrolle völkerrechtlicher Verträge, Perspektiven aus Österreich und der Schweiz, Wien 2018
- REICH JOHANNES, Odysseus als Vorbild: Weitblick durch Recht statt kurzatmiger Politik, Entkoppelung der Rechtsanwendung vom Wahlzyklus durch Selbstbindung und Delegation, in: ZBI 119/2018, S. 59–65



Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
 - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Deutschland):
 - [Bundesverfassungsgericht](#)

Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: luka.markic@rwi.uzh.ch

www.rwi.uzh.ch/kley